

Strasser Hilda

10.3.1903, Wien –

23.12.1969, Wien



*Hilde Strasser 1949, Wien,
Dienstausweis, Personalakt.*

Hilda Mathilda Strasser wurde als einzige Tochter von Anna (*1880, geb. Powischil) und Karl (*1876) Strasser geboren. Ihre Mutter war als Hausfrau tätig, ihr Vater war – ebenso wie auch ihre beiden Großväter – Eisenbahner. Die Familie mit römisch-katholischem Glaubensbekenntnis lebte in der Pragerstraße 17 in Wien-Floridsdorf. Hilda Strasser absolvierte 1923 eine Lehrerinnenbildungsanstalt und legte ihre Reifeprüfung ab. Im Schuljahr 1923/24 arbeitete sie als Lehrerin in einer Privatschule.¹

Am 6.11.1924 trat sie eine Stelle als Fürsorgerin beim Bezirksjugendamt Floridsdorf an. Zwischen 1926 und 1928 absolvierte sie berufsbegleitend die Ausbildung in der *Städtischen Akademie für soziale Verwaltung* und erhielt ein Jahr später eine definitive Anstellung. Die Hauptfürsorgerin Hilda Strasser war in den 1930er Jahren „Fachfürsorgerin für das Armenkinderreferat“, das sie seit dessen Gründung leitete. Weiters war sie „Mutterberatungsfachfürsorgerin“, also in anleitender Funktion.² Seit 1925 und bis 1934 war sie in ihrer Dienststelle gewerkschaftlich organisiert gewesen.³

Hilda Strasser erlebte bereits wenige Wochen nach dem ‚Anschluss‘ die ersten beruflichen Konsequenzen: Wie sie später schilderte, wurde ihr im Mai 1938 sowohl ihre leitende Position am BJA als auch das von ihr aufgebaute ‚Armenkinderreferat‘ entzogen.⁴ Im Personalakt finden sich dazu jedoch keine Unterlagen.

1 Alle Personendaten aus dem Personalakt, WStLA.

2 Vgl. Schreiben H.S., 28.4.1945, Personalakt.

3 Vgl. Fragebogen 1938, Personalakt.

4 Vgl. Lebenslauf H.S., 28.4.1945, Personalakt.

Im August 1938 musste Hilda Strasser einen Fragebogen ausfüllen, in dem sie u. a. zu ihren Mitgliedschaften in politischen Vereinigungen und zur Herkunft ihrer Familie Auskunft zu geben hatte. Sie verneinte die Frage nach jüdischen oder nichtarischen Vorfahren, obwohl sie wusste, dass ihre Großmutter väterlicherseits, Amalia Strasser, jüdischer Herkunft war. Diese war 1906 aus der Israelitischen Kultusgemeinde ausgetreten,⁵ und habe katholisch gelebt, wie Hilda Strasser in einer handschriftlichen Ergänzung ausführte. Die NS-Behörden erkannten diese Argumentation jedoch nicht an, sodass Hilda Strasser als ‚Mischling 2. Grades‘ galt. In diese schwierige Zeit fiel zudem der Tod ihres Vaters am 20.10.1938.⁶

Hilda Strasser erhielt am 1.10.1939 ein von Dr. Wächter unterzeichnetes Schreiben, dass sie wegen § 3 Abs.1 BBV ab Ende Oktober 1939 in den Ruhestand versetzt werde. Statt ihres bisherigen Gehalts von 335 RM erhielt sie lediglich 118 RM monatlich als Ruhebezug und musste zusätzlich befristete Anstellungen als Bürokraft oder Kontoristin übernehmen, wo sie bis 160 RM monatlich verdiente. Wie sie 1947 zusammenfasste: „Während des NS-Regimes wurde ich [...] pensioniert und hatte außer bedeutenden finanziellen Einbußen auch mancherlei Demütigung zu ertragen.“⁷

Unmittelbar nach Kriegsende wandte sich Hilda Strasser am 28.4.1945 schriftlich an die Behörden mit dem Anliegen, wieder als Fürsorgerin tätig zu werden. In dem Postskriptum dieses Schreibens nahm sie vorweg, dass sie bereits am 24.4.1945 ihre Arbeit als Hauptfürsorgerin im BJA Floridsdorf wieder aufgenommen hatte.⁸ In einem beigelegten handschriftlichen Lebenslauf beschrieb sie ausführlich ihre früheren Aufgaben, den durch die damalige Zwangspensionierung erlittenen Schmerz sowie ihre Haltung gegenüber dem NS-Regime, dem sie sich – nach eigenen Angaben – nie angeschlossen hatte, sondern schon früher davor gewarnt hatte. Ab 1940 war sie in einem Großhandelsbetrieb als Lohnverrechnerin tätig gewesen und hatte dort verfolgte Personen, „vor allem jüdische und ausländische Arbeiter“, finanziell unterstützt.⁹

5 Vgl. Staudacher 2009, 597.

6 Er hätte nunmehr als ‚Mischling 1. Grades‘ gegolten, jedoch ist er in keiner der Datenbanken als Opfer des Holocaust eingetragen und starb vermutlich eines natürlichen Todes.

7 Personalakt.

8 Vgl. Schreiben H. S., 28.4.1945, Personalakt.

9 Lebenslauf, 28.4.1945, Personalakt.

Im Zuge der Beamtenüberleitung 1947 wandte sich Hilda Strasser in einem Schreiben an Bürgermeister Theodor Körner. Darin kritisierte sie die ihrer Ansicht nach ungerechte Einstufung der dienstälteren Hauptfürsorgefrauen mit Hochschulreife, die zwangspensioniert worden waren und nun in die Dienstgruppe C eingeteilt wurden. Andere Berufsgruppen mit geringeren Qualifikationsanforderungen seien dagegen in die bessere Gruppe B eingestuft worden.¹⁰ Besonders empörte sie die Besserstellung von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, die während des Regimes nicht direkt in der Fürsorge, sondern im Rechnungswesen tätig gewesen waren und nun als B-Beamtinnen geführt wurden. Sie beschreibt ihre enttäuschten Erwartungen wie folgt: „Durch das NS-Regime geschädigt, habe ich mir als Wiedergutmachungsfall die gerechte Einreihung in die frühere Dienstgruppe (Maturantengruppe) [...] erwartet, keinesfalls aber eine Schlechterstellung gegenüber der NS-Zeit.“¹¹ Ihre Forderung nach einer Einreihung als B-Beamtin blieb unerfüllt. Sie erlangte lediglich Gruppe C,¹² erhielt aber 1950 und 1956 zusätzliche Stufenvorrückungen. 1953 erhielt sie eine Entschädigung gemäß dem Beamtenentschädigungsgesetz, 1964 eine weitere Einmalzahlung nach dem Opferfürsorgegesetz.¹³ Ein erneuter Antrag auf Einstufung in Gruppe B im Jahr 1961 blieb erfolglos. Hilda Strasser blieb bis zu ihrer Pensionierung im März 1964 in der Dienstgruppe C. Sie verstarb 1969 in Wien-Hietzing und wurde im Familiengrab der Vorfahren mütterlicherseits am Friedhof in Stammersdorf beigesetzt.¹⁴

Die Lebensgeschichte der Hauptfürsorgerin Hilda Strasser konnte auf Basis ihres umfangreichen Personalakts sowie des Opferfürsorgeakts erstmals rekonstruiert werden. Die Lehrerin, die als Fürsorgerin 1924 am Jugendamt zu arbeiten begonnen hatte, baute in den 1930er Jahren als Fachfürsorgerin das „Armenkinderreferat“ auf. Bereits im Mai 1938 verlor sie diese leitende Position, im Oktober 1939 wurde sie schließlich aufgrund des § 3 BBV als ‚Mischling 2. Grades‘ zwangspensioniert – trotz schriftlicher Eingaben, in denen sie die Assimilation ihrer vormals jüdischen Großmutter zu belegen versucht hatte. Ihr Überleben während der NS-Zeit sicherte sie als jeweils befristete kaufmännische Angestellte und leistete dabei nach eigenen

10 Als Beispiel nannte sie Amtsvormundsanwärter oder Referentinnen des Fürsorgeamts. Vgl. Schreiben Hilda Strasser an den Bürgermeister der Stadt Wien, 28.7.1947, Personalakt.

11 Schreiben Hilda Strasser an den Bürgermeister der Stadt Wien, 28.7.1947, Personalakt.

12 Vgl. M.Dir. der Stadt Wien, 4.10.1947, Personalakt.

13 Opferfürsorgeakt.

14 Verstorbenensuche Friedhöfe Wien, Hilda Strasser.

Angaben auch Widerstand durch Hilfestellungen für verfolgte Personen. Im April 1945 gehörte sie zu den ersten vormalig zwangspensionierten Fürsorgerinnen, die ihre Tätigkeit am Jugendamt wieder aufnahmen. Es folgte ein jahrelanger, letztlich erfolgloser Kampf um eine adäquate Einstufung als Beamtin der Gruppe B. Dabei erhob sie deutliche Kritik an der bevorzugten Behandlung jener Kolleg:innen, die während des NS-Regimes durchgehend beschäftigt geblieben und beruflich aufgestiegen waren. Ihre schriftlichen Eingaben stellen ein bedeutendes zeitgenössisches Zeugnis über die mangelnde Entnazifizierung im Wiener Jugendamt dar.

Literatur

Staudacher, Anna (2009): „... meldet den Austritt aus dem mosaischen Glauben“. 18000 Austritte aus dem Judentum in Wien, 1868–1914: Namen – Quellen – Daten. Frankfurt am Main: P. Lang.

Quellen

BGBI 1947/22 Bundesgesetz vom 12. Dezember 1946 über das Dienst Einkommen und die Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Bundesbeamten (Gehaltsüberleitungsgesetz). https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1947_22_0/1947_22_0.pdf.

Opferfürsorgeakt, WStLA, M.Abt. 208, A36 Opferfürsorgeakten – Entschädigungen, Strasser Hilda.

Personalakt, WStLA, M.Abt. 202, A5 – Personalakten, 1. Reihe, Strasser Hilda.

Verstorbenensuche Friedhöfe Wien, Hilda Strasser.